

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

109. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Januar 1998, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

in Vertretung von Helmut Jacobs

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Tagesordnung:	Seite
1. Abgeordnetensymposium	4
2. Gewährung eines Kredits und einer Bürgschaft aus öffentlichen Mitteln durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein für den Bau eines Auto-Hofes mit Tankstelle und Rasthotel an der B 5 bei Husum Schreiben des Abg. Stritzl Umdruck 14/2859	5
3. Verwaltungsabkommen der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein über den Neubau der Landesvertretungen in der Bundeshauptstadt Berlin und Verwaltungsabkommen der Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein über den Kostenausgleich anlässlich des Neubaus der Landesvertretungen in der Bundeshauptstadt Berlin (Tiefgarage) Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2802	6
4. Sachstandsbericht zum Thema NationalparkService gGmbH	7
5. Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs in Pflegesatzangelegenheiten Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 14/2858	8
6. Bericht der Landesregierung über den Abschluß des Haushalts 1998 Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 14/2868	9
7. Information/Kenntnisnahme	11
8. Verschiedenes	12

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Abgeordnetensymposium

Der Ausschuß stimmt dem von der Verwaltungshochschule Speyer vorgelegten Programm für das Abgeordnetenseminar zum Thema „Moderne Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt“, Umdruck 14/2871, zu.

Weiter stimmt der Ausschuß dem Vorschlag der Vorsitzenden zu, die Reise nicht per Bahn, sondern per Bus durchzuführen; dies erspare ein dreimaliges Umsteigen auf der Hin- und der Rückfahrt, bedeute sozusagen den Transport „von Haus zu Haus“ und eröffne obendrein die Möglichkeit, Vertreter des Landesrechnungshofs und des Finanzministeriums mitzunehmen, ohne daß zusätzliche Reisekosten anfallen.

St Döring wiederholt den Vorschlag des Finanzministeriums, den Finanzausschuß noch vor dem Abgeordnetenseminar in Speyer über die vom Finanzministerium erarbeiteten Vorstellungen zum Thema „Moderne Steuerungsinstrumente“ zu informieren; zur Vorbereitung dieses Gesprächs sollten dem Finanzministerium rechtzeitig die interessierenden praxisbezogenen Fragen zugeleitet werden. - Als Termin für diese Informationsveranstaltung wird Freitag, der 12. Februar 1999, vereinbart.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Gewährung eines Kredits und einer Bürgschaft aus öffentlichen Mitteln durch die Investitionsbank Schleswig-Holstein für den Bau eines Auto-Hofes mit Tankstelle und Rasthotel an der B 5 bei Husum

Schreiben des Abg. Stritzl
Umdruck 14/2859

Abg. Neugebauer beantragt, diesen Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

Dem Einwand des Abg. Stritzl, daß er sich mit seinem Antrag auf Erstattung eines Sachstandsberichts auf presseöffentliche Verlautbarungen beziehe, hält Abg. Astrup entgegen, daß ein derartiger Antrag entbehrlich wäre, wenn er nicht auch auf Informationen abzielte, die über die Presseveröffentlichungen hinausgingen.

(Die Diskussion über den Antrag des Abg. Neugebauer wird in nichtöffentlicher Sitzung geführt.)

Die Vorsitzende gibt bekannt, daß der Ausschuß gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 4 LV und § 17 Abs. 1 Satz 4 GO in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen habe, diesen Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung nach Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV und § 17 Abs. 1 Satz 3 GO zu beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Verwaltungsabkommen der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein
über den Neubau der Landesvertretungen in der Bundeshauptstadt Berlin
und Verwaltungsabkommen der Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz,
Saarland und Schleswig-Holstein über den Kostenausgleich anlässlich des
Neubaus der Landesvertretungen in der Bundeshauptstadt Berlin
(Tiefgarage)**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2802

Der Ausschuß nimmt die Entwürfe der Verwaltungsabkommen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zum Thema NationalparkService gGmbH

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag der Abg. Peters, die einschlägigen Beschlüsse der kommunalen Gremien abzuwarten, bevor sich der Finanzausschuß mit dem Thema „NationalparkService gGmbH“ beschäftigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs in Pflegesatzangelegenheiten

Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs
Umdruck 14/2858

Die Vorsitzende teilt mit, daß die politische Spitze des Sozialministeriums an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sei, und schlägt vor, die Beratung auf die Sitzung am 4. Februar 1999 zu verschieben. Abg. Neugebauer erklärt sich damit einverstanden, gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß die Beratungen nicht durch den Abschluß eines Landesrahmenvertrages präjudiziert werden. - Der Ausschuß schließt sich dieser Haltung an.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über den Abschluß des Haushalts 1998

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 14/2868

St Döring trägt den Bericht über den vorläufigen Abschluß des Haushaltsvollzugs 1998 vor und betont dabei, die Landesregierung vermöge nicht die Rechtsauffassung nachzuvollziehen, daß der Haushalt wegen des Überschreitens der Kreditobergrenze um 40 Millionen DM verfassungswidrig sei. Die Verfassungswidrigkeit des Haushalts als Folge der Überschreitung der Kreditobergrenze komme nach Ansicht nicht nur der schleswig-holsteinischen Landesregierung lediglich bei der Aufstellung des Haushalts, nicht aber bei seinem Vollzug in Betracht. Weiter stellt er heraus, daß der Haushalt 1998 ein Haushalt ohne Defizit sei, daß wegen der Übertragung der Reste und der Restkreditermächtigung die Investitionsquote zwangsläufig steigen werde und daß das Finanzministerium den Ressorts mitteilen werde, daß es bei der Aufstellung künftiger Haushaltsentwürfe globale Minderausgaben nicht mehr akzeptieren werde.

Abg. Stritzl erinnert zunächst daran, daß M Möller noch im November ausgeschlossen habe, daß globale Minderausgaben über Einsparungen bei Investitionen aufgelöst würden, und möchte wissen, welche Investitionen aus welchen Gründen seit der Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushalts nicht getätigt worden seien und ob dieser Umstand zum Zeitpunkt der Verabschiedung des zweiten Nachtragshaushalts auch absehbar gewesen sei. Weiter erkundigt er sich danach, welche Ausgabereste der Restkreditermächtigung in Höhe von 138 Millionen DM gegenüberstehen.

St Döring sieht sich wegen des zeitlichen Ablaufs im Augenblick zu einer Antwort außerstande, sagt aber eine schriftliche Erledigung zu.

P Dr. Korthals wirft die Frage auf, ob das Land Schleswig-Holstein die Konvergenzkriterien - 60 % Gesamtverschuldung, 3 % Nettoneuverschuldung - eingehalten habe und wann man unter dem Stichwort „Stabilitätspakt“ zu einer Absprache über die Verteilung der Kriterien zwischen Bund und Ländern kommen werde.

St Döring antwortet, daß ihm einschlägige Daten nicht vorlägen. Wann die derzeit stockenden Verhandlungen weitergeführt würden, sei im Augenblick nicht abzusehen.

Abg. Heinold hält es für notwendig, daß sich der Finanzausschuß als Fachgremium demnächst mit dem Investitionsbegriff beschäftigt, und St Döring fügt hinzu, alle Fraktionen müßten ein gemeinsames Interesse daran haben, diese Diskussion in erster Linie unter politischen und nicht unter formalistischen Gesichtspunkten zu führen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Unterrichtung 14/81 - Übertragung einer Aufgabe vom Land auf die I-Bank

Umdruck 14/2804 - Erledigung von Berichtswünschen - GMSH und COMPAS

Umdruck 14/2805 - Erledigung von Berichtswünschen - Steuerreformvorhaben

Umdruck 14/2806 - Erledigung von Berichtswünschen - „Arbeit, Bildung, Innovation“

Umdruck 14/2808 - Erledigung von Berichtswünschen - Änderung des I-Bank-Vertrages

Umdruck 14/2820 - Kosten angestellte/verbeamtete Lehrer

Umdruck 14/2821 - FAG

Umdruck 14/2829 - LFA

Umdruck 14/2837 - KFA

Umdruck 14/2838 - Veräußerung der Anteile an der Flughafen Hamburg GmbH

Umdruck 14/2842 - Modernisierungsprojekt „Budgetierung Epl 03“

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Neugebauer nimmt Bezug auf die 99. Sitzung des Finanzausschusses am 29. Oktober 1998 und bittet, dem Finanzausschuß in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zum Thema „**Schloß Glücksburg**“ zu geben.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 16:20 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer